Bozialdemokratischer Pressedienst

Berausgeber und Chefrebatteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Jerufprecher: Aunt Danhoff 4196/4196



Mufdriji für Bering und Schriftleitung: Bertin SB 61, Belle-Miliance-Plat 3 Draftanjdrijt: Sopaticus

Die Sofiellung erfolgt im Golliferring. Der Mitred ift zur auf Grunt befunderer Bereinbarung gestelle. Allebigung beiberkille 4 Wecken ber bem Constantien, warm nicht anderer vereinbert ist. Gelliferrant ihr beibe fielle iff Borin.

Bertin, den 1. Meil 1936

Der Tag der Solidarität.

Sein Verlauf und seine Lehren.

Int. Instituut See: Sesehlodenis Algstefdam

SPD. Der Maitag ist im ganzen Reiche ruhig verlaufen. Aber überall zeigter die Demonstrationen die Spaltung der Arbeiterschaft durch die Kommunisten: So-zialdemokraten und Kommunisten marschierten nebeneinander und gegeneinander. Auch die kommunistische Opposition veranstaltete in einigen Städten eigene Demonstrationen. So wurde die diesjährige Maifeier, die Kundgebung der Macht der einigen und geschlossenen Arbeiterschaft, der Gemeinsamkeit der Klasseninteressen und des Strebens aller Arbeiter dank der Spaltungsarbeit der Kommunisten und dank ihrem Hasse gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu einem Abbild der Uneinigkeit und der Spaltung in der Arbeiterklasse. Vereinzelt seid Ihr nichts, vereinigt alles! Die Kommunisten haben diese Mähnung zur Solidarität mit Füssen getreten. Ihnen die Schuld, dass dem Bürgertum das Schauspiel der Spaltung so sinnfällig gezeigt wurde.

Am schärfsten trat die Demonstration der Spaltung in Berlin hervor. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger gegen 11 Uhr in den Lustgarten gerufen, freie Gewerkschaften und Sozialdemokraten gegen 1 Uhr. Verspäteter Anmarsch der Kommunisten, kurzes Halt und Abmarsch. Dann lag wohl eine halbe Stunde lang der gewaltige Raum des Berliner Lustgartens in der Erwartung, nur von einzelnen diskutierenden Gruppen besetzt. Langsam verschwanden die Enden der abmarschierenden Kommunistenzüge unter wehenden roten Fahnen und dann von der Gegenseite unter den Klängen der Internationale wieder wehende rote Fahnen, der An- x marsch der Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Proletarier hier und Proletarier da, aber die einen verliessen den Platz, weil die anderen anmarschierten. Gegen 50 000 Kommunisten und gegen 100 000 Sozialdemokraten und Gewerkschafter demonstrierten - aber nicht miteinander, sondern nacheinander. Etwa 150 000 Demonstranten insgesamt. Trotz des Druckes der Wirtschaftskrise ein ansehnliches Heer der Maidemonstranten, wahrhaft genug, um dem Bürgertum zu zeigen, dass die Arbeiterschaft für ihre Ziele eintreten will. Aber das Verbrechen der Kommunisten am Gedanken der Arbeitersolidarität hat dem Bürgertum gezeigt, dass Spaltung selbst am Maitag die einige und geschlossene Vertretung der Macht der Arbeiterschaft hemmt. Wer den Gedanken der Arbeitersolidarität tief in sich trägt, der musste dieses Schauspiel mit Scham und tiefem Ingrimm über das Verbrechen der Spalter ansehen.

Ähnlich ist es, wenn man den Blick auf das Reich lenkt. Kein Zweifel, dass der Eindruck der Geschlossenheit der Maifeier dadurch zerrissen werden musste, Denn das Bürgertum sieht diese gespaltenen Kundgebungen, es sieht nicht die imponierende Geschlossenheit der Maikundgebungen in den Gewerkschafterversammlungen, es sieht nicht Einigkeit in der Ablehnung des zerstörenden Treibens gegen die Gewerkschaftssolidarität, die sich dort kundgegeben hat. Es schöpft Hoffnungen aus der sinnfälligen und gewollten Kundgebung

der Hasser der Einigkeit.

Die Arbeitsruhe am Maitag war in den Ländern, in denen der 1.Mai nicht Staatsfeiertag ist, eher etwas schwächer als im Vorjahre. Millionen haben unfreiwillige Arbeitsruhe. Der Druck der Erwerbslosigkeit und der Wirtschaftskrise lastet schwer auf der Arbeiterschaft. In Berlin trat die Arbeitsruhe stärker hervor, besonders durch das Fehlen der Zeitungen – in anderen ausgesprochenen industriellen Gegenden jedoch war die Zahl der Arbeitenden ziemlich stark. So hat das Leunawerk voll gearbeitet. Im Ruhrgebiet feierten etwa nur 12 Prozent der Arbeiter. Die Städte des industriellen Westens zeigten eine Beteiligung, die nur zu deutlich den Einfluss der Wirtschaftskrise verriet.

teiligung, die nur zu deutlich den <u>Einfluss der Wirtschaftskrise</u> verriet.

Maitag im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Spaltung! Trotz allem: die roten Fahnen der Arbeiterschaft wehten in den Strassen, die grosse Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ist lebendig und mit ihr die unerschütterliche Hoffnung, dass Wirtschaftskrise und Spaltung überwunden werden im Zeichen der

Arbeitersolidarität und des Sozialismus!

SPD. Bukarest, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Auf Anordnung der Regierung Maniu waren sämtliche Maidemonstrationen unter freiem Himmel verboten und untersagt worden, sodass die sozialdemokratischen Arbeiter sich in den ihnen zur Verfügung stehenden Sälen zu schlichten Maifeier zusammenfanden. Die Veranstaltungen sind überall ruhig verlaufen.

SPD. Bern, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Schweiz herrschte am 1. Mai teilweise Arbeitsruhe. Sozialdemokraten und Kommunisten hielten überall getrennte Feiern ab, die ohne Zwischenfälle verliefen.

SPD. Genf, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Völkerbundssekretariat hat am Donnerstag das seit Wochen umstrittene Schreiben des österreichischen Bundeskanzlers Schober über die innere Abrüstung Osterreichs an den Völkerbundspräsidenten veröffentlicht. In ihm heisst es, dass die österreichische Regierung es für angezeigt erachte, dem Völkerbund von Zeit zu Zeit über die innere Abrüstung mit Rücksicht auf die in ausländischen Kreisen über diese Frage herrschenden falschen Auffassungen Mitteilung zu machen. Die Regierung werde dem Nationalrat bereits in seiner nächsten Session einen Revisionsentwurf zu dem Gesetz über das Waffentragen und die Waffenlieferung vorlegen, der bei Zuwiderhandlungen strenge Strafen vorsehe.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat das Schreiben Schobers lediglich bestätigt, und sich nicht, wie in einzelnen österreichischen und deutschen Blättern behauptet wurde, durch einen längeren Brief in die innerpolitischen Ver-

hältnisse Österreichs eingemischt.

SPD. Prag, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Der 1.Mai wurde in Prag im Sinne des gemeinsamen Maiaufrufs der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie gefeiert: im Sinne der Verbrüderung aller sozialdemokratischen Parteien in der tschechoslowakischen Republik. Die grosse Beteiligung an den Umzügen zeigte, dass die Sozialdemokratie immer stärkeren Aufschwung nimmt und die Arbeiterschaft, von den Kommunisten enttäuscht, zur Sozialdemokratie zurückkehrt.

SPD. Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes hat in seiner Sitzung am 30. April beschlossen:

"Der Reichs-Landbund spricht allen, die durch ihre Haltung in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit sich für die Rettung der deutschen Landwirtschaft eingesetzt haben, seinen Dank aus. Sie haben durch Annahme der Agrar- und Finanzgesetze die erste Voraussetzung für das von Minister Schiele begonnene Rettungswerk geschaffen.

A Bis jetzt ist jedoch nur der Grund gelegt. Ein umfassendes und durchgreifendes Ostprogramm für die bedrohten Gebiete zur Rettung des Ostens, zur Gesündung der Landwirtschaft muss die selbstverständliche Fortsetzung sein.

Der endgültige Erfolg hängt entscheidend von der Art der Durchführung des Agrar- und Ostprogramms ab. Diese erfordert umfassende Sachkenntnis, Energie und grösste Beschleunigung. Deshalb mess das Steuer der Agrarpolitik in der Hand des Vertrauensmannes der Landwirtschaft gesichert bleiben.

Der Reichs-Landbund geht dabei von der Überzeugung aus, dass mit einer derartigen Politik der inneren Festlegung unseres gesamten Wirtschaftslebens auch die Grundlage für eine wahrhaft nationale Befreiungspolitik geschaffen wird."

Im Gegensatz zu dieser Entschliessung, mit der sich der Reichs-Landbund hinter den Westarp-Flügel der deutschnationalen Fraktion stellt, hat der deutschnationalen Fraktion stellt stel nationale Parteivorstand die Haltung dieses Flügels ausdrücklich bedauert und den deutschnationalen Abgeordneten um Hugenberg seinen Dank ausgesprochen. Auch sonst lässt ein Vergleich der Entschliessung des Reichslandbundes mit dem jüngsten Beschluss des deutschnationalen Parteivorstandes scharfe Gegensätze erkennen, die unüberbrückbar scheinen. Hugenberg will - um es mit dürren Horten auszudrücken - den Sturz der Regierung Brüning und Neuwahlen, um die "Renegaten" innerhalb der deutschnationalen Fraktion endgültig "absägen" zu könnel während der Reichslandbund die Regierung im Interesse der Grossagrarier so lange als möglich erhalten wissen will. Schon steht die Reichsregierung im Be-griff, diese Gegensätze durch die Verkoppelung des in einer der nächsten Wochen zur Verabschiedung stehenden Etats mit der Osthilfe auszunutzen. Sie beabsichtigt das gleiche Manöver wie bei der Abstimmung über die Steuergesetze und das Agrarprogramm und dürfte angesichts der Gegensätze innerhalb der deutsc nationalen Reichstagsfraktion ihr Ziel erreichen, indem die Hugenberg-Fraktionwieder auseinanderfällt. Dann würde, falls bis dahin die Trennung des Westarp-Flügels von der Hugenberg-Gruppe nicht schon erfolgt sein sollte, die Scheidung der Geister im deutschnationalen Lagergendgültig werden.

SPD. Athen, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Dem Beschluss eines von nichtkommunistischen Arbeitern eingesetzten Komitees folgend, feierte die griechische Arbeiterschaft in Athen und den grösserer Städten Griechenlands den Maitag bei fast völliger Arbeitsruhe in geschlossenen Versammlungen. Die Eisenbahner liessen am Vormittag sämtliche Züge 10 Minuten halten, während die Hafenarbeiter in den griechischen Häfen um 12 Uhr mittags sämtliche Sirenen in Aktion setzten.

Der von der nichtkommunistischen Arbeiterschaft eingesetzte Ausschuss hatte am Vorabend des l.Mai gegen etwaige kommunistische Störungsversuche scharfe Abwehrmassnahmen beschlossen.

SPD. Schwerin, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Gauführer der Nationalsozialisten in Mecklenburg-Lübeck, der mecklenburgische Landtagsabgeordnete Hildebrandt, ist von Hitler seines Amtes enthoben worden. Er tritt zunächst einen sechsmonatlichen Urlaub an, von dem er,

wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht mehr in seine bisherige Stellung zurückkehren wird. Der Diplomlandwirt Dr. Albrecht aus Thüringen wird Hildebrandts Nachfolge antreten und bereits in den ersten Tagen dieses Monats in Schwerin eintreffen. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter des Mecklenburgischen Landtags, der sich in München bei Hitler für die Wiederberufung Hildebrandts einsetzen wollte, ist von dort unverrichteter Sache zurückgekehrt. Hitler lehnte es ab, ihn zu empfangen.

Warum Hildebrandt davongejagt wurde, war bisher nicht in Erfahrung zu

bringen.

SPD. Weimar, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Thüringen hat, seit es von den Parteien des Spiessbürgertums regiert wird, nicht weniger als 62 Millionen Mark Schulden. Wer schenkt einem Staat mit solchen Lasten noch Vertrauen oder wer pumpt ihm gar noch die erforderlichen Mittel? Der Reichssparkommissar hat der Frick-Regierung inzwischen zur Deckung eines Teiles ihrer Schulden die Veräusserung von Vermögenswerten empfohlen. Mit dieser Frage hat sich die thüringische Regierung neuerdings beschäftigt. Da in der thüringischen Verfassung eine Bestimmung enthalten ist, nach der das Vermögen des Landes in seinem Bestand erhalten werden muss, soll zunächst ein Rechtsgutachten darüber eingeholt werden, ob die beabsichtigte Veräusserung im Hinblick auf die finanzielle Notlage des Landes gegebenenfalls ohne Verfassungsänderung möglich ist.

SPD. Halle, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Regierungsbezirk Merseburg ist die Maifeier ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Belegschaft des Leunawerkes hat im Gegensatz zu den Vorjahren gearbeitet.

SPD. Warschau, l.Mai (Eig.Drahtb.)

7

Die Maifeiern verliefen in Warschau zum ersten Male seit mehreren Jahren völlig ruhig. Versuche kleinerer kommunistischer Trupps, Unruhe zu stiften, konnten von der Polizei sofort im Keime erstickt werden. In der Provinz wurde die Ruhe ebenfalls nirgends gestört.

In den Versammlungen der Warschauer Sozialisten wurden Entschliessungen gegen die Diktatur Pilsudskis und für die Wiederherstellung der Rechts- und

Verfassungsherrschaft in Polen angenommen.

SPD. Neubrandenburg, 1.Mai (Eig.Drahtb.)
In dem Prozess gegen 20 Friedländer Kommunisten, die im Januar mehrere
Stahlhelmleute überfallen und verletzt hatten, wurden am Donnerstag 16 Ange
klagte zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 2 Monaten verurteilt. 4 Angeklagte
wurden freigesprochen. Den 3 in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten
wird die bisher erlittene Haft auf die Strafe angerechnet.

SPD. Paris, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Der 1.Mai ist in Paris ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen.
In der Pariser Vorstadt St. Denis, einer kommunistischen Hochburg, war
bereits um 6.45 Uhr früh eine kommunistische Versammlung beabsichtigt. Von
dort sollten die Demonstranten zu den grossen Fabriken ziehen und jede Arbeit,
sei. es durch Agitation, sei es durch Gewalt, verhindern. Indessen hatten sich
zu so früher Morgenstunde nur sehr wenig Kommunisten eingefunden. Abgesehen
davon, wurden die beabsichtigten Provokationen in St. Denis dadurch unmöglich
gemächt, dass die Arbeitgeber die Betriebe für den 1.Mai stillgelegt hatten.
Eine für neun Uhr morgens nach St. Denis einberufene "kommunistische Massenversammlung" wurde wegen Mangel an Interesse ebenfalls abgesagt.

In Paris selbst waren etwa 70 % der Droschkenschofföre der Arbeit ferngeblieben. Dadurch erhielten die Strassen einen besonders stillen Anstrich. An den wichtigsten Verkehrspunkten waren starke Polizeibereitschaften zusammen-

gezogen worden.

SPD: Halle, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Verband der mitteldeutschen Metallindustriellen hat wegen der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband für das Gebiet Magdeburg, Halle und Anhalt gekündigten Tarifbestimmung über die Mehrarbeitszeit den Schlichtungsausschuss in Halle angerufen. Die Verhandlungen finden am 6.Mai statt.

SPD. Wien, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Maifeier der Wiener Arbeiterschaft nahm bei ausserordentlich starker Beteiligung einen glänzenden Verlauf. Aus den einzelnen Verwaltungsbezirken zogen stundenlang ungeheure Massen zum Rathausplatz, der reichlich geschmückt war. Auffallend gross war die Zahl der Transparente mit Inschriften gegen die Anschläge der Regierung auf die sozialen Errungenschaften und die Putschabsichten der Heimwehr.

In Ober-Hollabrunn, wo die Maifeier zunächst verboten war, war die Beteiligung an der sozialdemokratischen Kundgebung grösser als je zuvor.

SPD. Bochum, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Ruhrgebiet sind die Maifeiern würdig und ruhig verlaufen. In Essen beteiligten sich an den Kundgebungen der SPD und der KPD ungefähr je 4500 Personen. In Bochum waren es 2 000 Sozialdemokraten und 1400 Kommunisten, in Düisburg auf beiden Seiten je 3 500 - 4 000 Personen. In Dortmund marschierten etwa 2 500 Sozialdemokraten und 1 200 Kommunisten in getrennten Zügen auf.

Wie der bergbauliche Verein mitteilt, sind von 165 468 Mann Belegschaft der Morgenschicht 19 980 oder 12,7 Prozent wegen Beteiligung an den Maifeiern nicht eingefahren. 25 000 Mann oder 15,50 Prozent mussten wegen Absatzmangels feiern. Die Essener Betriebe der Firma Krupp beteiligten sich an den Maifeigen nur mit 5,4 Prozent der Belegschaft gegen 7,2 Prozent im Vorjahre.

SPD. Karlsruhe, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Am l.Mai herrschte in <u>Karlsruhe</u> in den meisten Betrieben völlige Arbeitsruhe. Die <u>Beteiligung</u> an dem <u>Demonstrationszug</u> der SPD war <u>stärker denn je</u>.

Eine kommunistische Gegendemonstration verschwand dagegen völlig. Am Abend
wurde in der überfüllten Festhalle Beethovens IX. Symphonie vom Volksakademieund dem Landestheater-Orchester aufgeführt. Der Andrang war so stark, dass die
Aufführungedurch Lautsprecher in das Gewerkschaftshaus übertragen werden musste

- Am Vorabend veranstalteten die religiösen Sozialisten in der Stadtkirche eine sehr stark besuchte religiöse Maifeier. Dem Organisten war von der Kircher behörde das Spielen des Liedes: "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" verboten worden. Die Kirchenbesucher sangen darauf das Lied ohne Orgelbegleitung.

SPD. Stuttgart, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Stuttgarter Maifeier, deren Veranstaltung in den Händen der freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände lag, ist programmässig und unter sehr starker Beteiligung verlaufen. Dem nach Berufsorganisationen geordneten Demonstrationszug schloss sich die kommunistische Opposition als besondere, aber recht schwache Gruppe an. Die Gesamtteilnehmerzahl wird auf 6 bis 7000 geschätz

Die Linkskommunisten hatten zu einer besonderen Demonstration aufgerufen. Sie brachten etwa 3000 Teilnehmer auf die Beine.

SPD. Dresden, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Maifeier der Dresdner SPD wurde am Vorabend des 1.Mai auf dem Wilhelm-Platz durch eine Jugendkundgebung des proletarischen Jugendkartells eingeleitet, zu der Reichstagspräsident Löbe als Redner gewonnen war. Die Hauptkundgebung fand am 1.Mai auf dem Theaterplatz statt, der dicht gefüllt war. Nach Musikvorträgen und einer Ansprache formierte sich ein gewaltiger Zug nach dem Stadion.

SPD. Paris, l.Mai (Eig.Drahtb.)

140

H Lin

Der österreichische Bundeskanzler Schober ist am Donnerstag morgen 8.25. Uhr in Begleitung seines Kabinettschefs Junkar nach London abgereist. Am Bahnhof hatten sich ausser den Mitgliedern der österreichischen Gesandtschaft u.a.
die bevollmächtigten Minister der Tschechoslowakei. Ungarns und Japans eingefunden. Im Namen des Quai d'Orsay überbrachte der Chef des Protokolls die Abschiedsgrüsse Briands.

Schober äussert sich in einem Interview im "Paris Midi" über seinen Pariser Besuch ausserordentlich befriedigt. Er erklärte, in London ebenfalls eine besondere Aktivität entfalten zu wollen, um den politischen Horizont Osterreichs "auch von der letzten kleinen Wolke zu befreien". Vorher hatte sich Schober es nicht nehmen lassen, noch rasch sein am Dienstag im "Journal des Debats" erschienenes Interview zu dementieren. In diesem Interview hatte er den Ausspruch von "Zwei Staaten aber eine Nation" auf Deutschland und Österreich angewandt. Jetzt erklärt Schober, er habe es gar nicht so gemeint, er habe lediglich gesagt: "Ein Volk, eine Rasse, aber zwei Nationen, zwei Staaten."

SPD. Düsseldorf, 1.Mai (Eig.Drahtb.) = In Düsseldorf drangen in der Nacht zum Donnerstag zwei Männer in das Kloster Annastift ein und zwangen eine Bewohnerin mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe aller Wertsachen. Dann forderten sie die Frau auf, eine Kirchentür aufzuschliessen und das Tabernakel zu öffnen. Als sich die Frau weigerte, liessen sich die Spitzbuben den Ausgang zur Strasse öffnen und entkamen, ohne dass das sofort herbeigerufene Überfallkommando die Flucht hätte verhindern können. Die Täter sind Burschen im Alter von 18 bis 20 Jahren.

SPD. Amsterdam, l.Mai (Eig.Drahtb.)
Die Maifeiern nahmen in ganz Holland bei ziemlich starker Arbeitsruhe
einen glänzenden Verlauf. In Amsterdam beteiligten sich über 20 000 Menschen
an einer Kundgebung im Stadion, wo die Arbeiterjugend u.a. in verschiedenen
Teilen des Spielfeldes 5 Maibäume pflanzte. Mit einem grossen Fackelzuge fanden die Amsterdamer Veranstaltungen abends ihr Ende.

SPD. München, l.Mai (Eig.Drahtb.)
An der Maidemonstration der Münchener Arbeiterschaft nahmen rund 25 000
Personen teil. In allen Grossbetrieben ruhte die Arbeit. Kommunistische Kundgebungen, auch in geschlossenen Räumen, waren in ganz Bayern verboten. Etwa 200 Münchner Kommunisten, die am Donnerstag-Vormittag zu demonstrieren versuchten, wurden von der Polizei auseinandergetrieben.

Die "Deutsche Stunde" in Bayern hatte es abgelehnt, den Vortrag des sozialdemokratischen Festredners Tarnow-Berlin im Rundfunk zu übernehmen. Sie verbreitete jedoch die von der Deutschen Welle weitergeleitete Ansprache des Festredners der Berliner sozialdemokratischen Kundgebung, des Reichstagsabge-ordneten Grassmann.

SPD. Warschau, l.Mai (Eig.Drahtb.)
Die sechs Links- und Mittelfraktionen des polnischen Sejm haben beschlossen, an den Staatspräsidenten eine Eingabe zwecks Einberufung einer Sondertagung des Parlaments zu richten. Verfassungsmässig ist der Staatspräsident verpflichtet, innerhalb 14 Tagen nach Eingang einer solchen Eingabe das Parlament
einzuberufen.

SPD. Weissenfels, l.Mai (Eig.Drahtb.)
In einer Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in
Weissenfels, das bis vor kurzem noch eine Hochburg der KPD war, beschloss man
einstimmig, den in nächster Zeit stattfindenden Verbandstag des Metallarbeiterverbandes zu ersuchen, einen Beschluss dahingehend zu fassen, dass die Ortsverwaltungen des DMV an kommunistische Zeitungen in Zukunft keinerlei Inserate
und Druckaufträge mehr geben dürfen.

SPD. Brisbane, l.Mai (Eig.Drahtb.)
In Darwin (Nordaustralien) ist es anlässlich der Feiern des l.Mai zu
ernsten Zwischenfällen gekommen. Unter kommunistischer oder syndikalistischer
Führung haben Arbeitslose in der Nacht zum Donnerstag den Palast des Admini-

strators, des höchsten britischen Würdenträgers, in Besitz genommen. Auf dem Regierungsgebäude wurde die Rote Fahne gehisst. Die Behörden haben die Polizei durch sämtliche Beamten von Darwin und die Angestellten der dortigen Kabelstation verstärkt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

SPD. Karlsruhe, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Lohnkonflikt in der Textilindustrie des Albtals bei Karlsruhe hat sich derart zugesptitzt, dass die Textilarbeiterschaft die kollektive Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses mit Wirkung vom 30.April auf den 15.Mai vorgenommen hat. Weit über 90 Prozent der Belegschaft haben für die Kündigung gestimmt. Grund der Kündigung ist die ständige Kürzung der Akkordsätze und der systematische Abbau der Sonderzulage von 10 Prozent, die die Arbeitgeber sämtlich beseitigt wissen wollen. In Betracht kommen rund 2000 Arbeiter.

SPD. London, 1.Mai (Eig.Drahtb.)
Anlässlich des 1.Mai hat Ramsay MacDonald dem "Daily Herald" eine Botscha:
gesandt, in der es u.a. heisst: "Im vorigen Jahre fanden unsere Maifeiern am
Vorabend eines grossen Sieges statt. Wir sind jetzt dabei, die schweren und
verantwortlichen Aufgaben durchzuführen, die dieser Sieg uns aufgebürdet hat.
Mehr als jemals zuvor, benötigen wir heute jene unermüdliche Begeisterung und
jene kameradschaftlichen Beziehungen, die die Partei zu ihrer heutigen Machtstellung emporgehoben haben."

In London fanden am Donnerstag nur kommunistische Maifeiern statt. Die Demonstrationszüge, an denen sich schätzungsweise insgesamt 2 000 Personen beteiligten, waren von einem überaus starken Polizeiaufgebot begleitet. Wie bereits im vergangenen Jahre hatten sich auch diesmal alle nichtkommunistischen Kreise einschliesslich der linken Führer der Unabhängigen Partei von den kommunistischen Demonstrationen im Hyde-Park ferngehalten.

SPD. Haag, 1.Mai (Eig.Drahtb.)
In Helmond sprang am Donnerstag morgen in der dortigen chemischen Fabrik
die Zufuhrleitung einer Chlorgasanlage. Zwei Arbeiter wurden getötet. Der Di-

rektor erlitt eine lebensgefährliche Vergiftung.

SPD. Tokio, l.Mai (Eig.Drahtb.)
Schätzungsweise haben in Tokio 50 000 Personen an der Maifeier teilgenommen. Die Demonstrationen verliefen ohne Zwischenfälle. Die Behörden hatten als

Vorbeugungsmassnahme 150 Kommunisten in Schutzhaft genommen.

SPD. Hamburg, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Grosshamburger Städtegebiet war die Beteiligung an den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1.Mai stärker als in den Vorjahren. In Hamburg, wo der 1.Mai gesetzlicher Feiertag ist, fanden den Tag über in den verschiedenen Stadtteilen Konzerte und feierliche Veranstaltungen statt. In der ersten Nachmittagsstunde bewegten sich 48 Demonstrationszüge zum Stadion des Stadt-parkes, wo sich gegen 15.30 Uhr, als der Aufmarsch beendet war, etwa 100 000 Teilnehmer versammelt hatten.

Auch in den preussischen Nachbarstädten Hamburgs war die Arbeitsruhe ziemlich allgemein. In den Grossbetrieben ruhte die Arbeit vollständig. In Altona hatten auch die städtischen Dienststellen geschlossen. Die Altonaer Sozialdemokratie marschierte am Vormittag in einem Demonstrationszug von rund 15 000 Teil nehmern durch die Stadt. In Wandsbeck beteiligten sich an der Maikundgebung etwa 4 000 Arbeiter.

SPD. Hannover, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Am 1. Mai herrschte in der hannoverschen Industrie fast völlige Arbeitsruhe An den Demonstrationszügen beteiligten sich etwa 40 000 Personen.

Die Kommunisten brachten zu ihrem Demonstrationszug kaum 900 Personen auf die Beine. 16 kommunistische Demonstranten, die in Rot Frontkämpfer-Uniform erschienen waren, wurden aus dem Zuge heraus verhaftet.

SPD. New York, 1.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Maifeiern der Sozialisten verliefen in ganz Amerika bei einer unerwartet starken Teilnahme der Arbeiterschaft vollkommen ruhig. An der Demonstration der New Yorker Sozialisten beteiligten sich etwa 20 000 Personen. Die Kommunisten hielten auf dem Unions Square eine Sonderfeier ab. Die zwischen ihnen und reaktionären Elementen drohenden Zusammenstösse wurden durch starkes Polizeiaufgebot verhindert. Auf Anordnung der New Yorker Behörden stand die gesamte Polizei mit 18 300 Beamten in Alarmbereitschaft.

Die Vorkämpferin der amerikanischen Arbeiterbewegung, Mutter Jones, feiert am Donnerstag in Silversprings (Maryland) ihren 100jährigen Geburtstag. Die noch ausserordentlich rüstige Frau wurde mit Tausenden von Gratulationen bedacht.

SPD. Brüssel, l.Mai (Eig.Drahtb)
In Belgien wurde die Maifeier in traditioneller Weise überwiegend durch Arbeitsruhe begangen. Von kommunistischen Demonstrationen war kaum etwas zu spüren. Nur in Lüttich machte eine Hand voll Kommunisten den vollkommen missglückten Versuch, die Maifeiern zu stören. Es kam zu Zusammenstössen mit der 🤞 Polizei. Sechs Kommunisten, darunter zwei Ausländer, wurden verhaftet.

In den Industriegebieten ruhte die Arbeit völlig. Die Kundgebungen der Arbeiterschaft nahmen insbesondere in Borinage und den übrigen Kohlenrevieren den Charakter von Volksfeiern an. In den Grosstädten Brüssel, Antwerpen, Gent. Lüttich usw. war ebenfalls der grösste Teil der Betriebe geschlossen. Überall-fanden gewaltige Umzüge statt. Der Eisenbahnverkehr musste wegen der Beurlaubung zahlreicher Eisenbahner zum 1. Mai eingeschränkt werden. Zahlreiche Züge und Lokomotiven waren mit Blumen, Baumwerk und roten Fahnen geschmückt.

SPD. Paris, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Die französische Regierung hat das <u>neue Sozialversicherungsgesetz</u> am l.Mai im "Journal Officiel" veröffentlicht. Sie liess gleichzeitig verkünden, dass sie das Datum des 1. Mai für die Veröffentlichung des epochemachenden Sozialgesetzes absichtlich gewählt habe, umdurch die Tat zu beweisen, dass sievom Geist des Fortschritts erfüllt sei.

SPD. Montevideo, im April (Eig.Bericht)
Der in Berlin auf dem Lehrter Bahnhofe begonnene Skandal der deutschen.
Tanztruppe der geschäftstüchtigen Frau Gertrud Schmeling hat dank dem tatkräftigen Eingreifen der hiesigen Polizeibehörden einen vorläufigen Abschluss gefunden. So weit die Leiterin des anrüchigen Unternehmens davon berührt ist, hat er da geendet, wo er folgerichtig enden musste. Nämlich hinter Gefängnistüren. Die Mädchen, die mit solch grossen Hoffnungen Deutschland verlassen haben, sitzen inzwischen hier herum und haben unter der Anteilnahme der Landes behörden, der Öffentlichkeit und der deutschen Konsulatsstellen eine wenig beneidenswerte Gelegenheit, sich über die Annehmlichkeiten des Lebens in Uruguay klar zu werden.

Wie gesagt, das ist nur ein vorläufiger Abschluss. Aber welche beängstigenden Reisewochen liegen zwischen Berlin und dem hiesigen Hafen, in dem man nach einer langen Reise-Odyssee endlich einlaufen konnte! Da waren zuerst die brasilianischen Hafenbehörden, die die Landung der Truppe in Rio de Janeiro verweigerten, und später die argentinischen Amtsstellen, die sich allen Bitten zur Landung in den argentinischen Hafenplätzen als unzugänglich erwiesen. Näch langer Irrfahrt kam die Truppe endlich hierher und hatte Gelegenheit, an einem kleinen Lokaltheater vor den Augen der staunenden Uruguaner ein Gastspiel zu beginnen. Aber die Herrlichkeit sollte nicht lange anhalten. Nach wenigen Tagen sah sich die Polizei im Besitze einer Anzeige gegen die Schmeling, der man bei den Behörden auf Grund südamerikanischer Erfahrungen mit reisenden Künstlei truppen vom ersten Tage an eine reichliche Dosis Misstrauen entgegengebracht hatte. Die Punkte der Anzeige liessen nichts zu wünschen übrig und erlaubten den Behörden, sich die Truppe und ihre Leiterin etwas näher anzusehen. Da stellte sich sehr schnell heraus, dass diese "Dame" bei einem Durchschnittseinkommen von 150 Pesos (etwa 140 Dollar) pro Vorstellung neun Mitglieder der Truppe entgegen den Berliner Vereinbarungen zur Unterzeichnung neuer Arbeitskontrakte gezwungen hatte. Danach verpflichteten sich die ihr auf Gnade und Ungnade ausgelieferten Mädchen, zu jeder Stunde und ohne Begrenzung der Arbeits dauer in Theatern, Kasinos, Kabaretts und Tanzhallen aufzutreten. wofür sie die fürstliche Tagesgage von 5 Pesos (etwa 4,50 Dollar) erhalten sollten. Es ist vielleicht angebracht, bei diesem Punkte des Berichts die Betonung auf das Wort sollen zu legen. Frau Schmeling blieb nämlich nicht bei den neuen skandalösen Arbeitsabmachungen stehen. Die Auszahlung der Gehälter wurde auf die lange Bank geschoben, vergessen oder auf die täglich wachsende Liste der Rückstände geschrieben, die Mädchen wurden jämmerlich verprügelt und nach aller Mustern, deren die Erfindungsgabe einer Frau wie der Schmeling fähig ist, gepiesackt. Zu Essen gab es sehr wenig und schlecht, an manchen Tagen sogar nur Kaffee mit Milch, während die armen Dinger ihren anstrengenden Pflichten zum Amusement anderer mit ihrer letzten Kraft nachgehen mussten.

Den Behörden muss zugestanden werden, dass sie energisch zuzugreifen wüssten und sich nicht hinter formellen Vorbehalten und Ausfluchten verschanzten. Frau Schmeling wurde verhaftet und die neuen Kontrakte wurden nach einem kurzen Verhör als null und nichtig erklärt. Das ist alles sehr schön und gut, berührt aber in keiner Weise den Kernpunkt der Angelegenheit, der von den Amtsstellen ganz richtig erkannt wird. Alle formelle Ausserkraftsetzung der Arstellen ganz richtig erkannt wird. Alle formelle Ausserkraftsetzung der Arstellen gent in der Geschichte abmachungen in ihrem Sinne auszunutzen. Der einzige Trost in der Geschichte ist, dass die südamerikanischen Behörden, wo

sie nur konnten, dem Unfug Einhalt geboten haben.

ERSCHEINT NACH BEDARF

Frick und das Republikschutzgesetz.

SPD. Herr Frick hat in Thüringen das Republikschutzgesetz zu Zeitungsverboten angewandt. Als Herr Frick noch nicht Minister war, hat er das Republikschutzgesetz auf das schäffste bekämpft. Am Mittwoch, den 4.Dezember 1929 polemisierte er im Reichstag gegen das Gesetz:

"Es ist ein trauriges Armutszeugnis, das die Reichsregierung sich und der Republik mit der Vorlage dieses Schutzgesetzes nach elf Jahren ihres glorreichen Bestandes ausstellt. Ein Schutzgesetz braucht sie, das ausserdem noch es ist geradezu eine Verhöhnung des Volkes – den Titel führt: Zur Befriedung des politischen Lebens. Ich schlage vor, diesen Titel umzuändern "zur Knebelung des Rechts der freien Meinungsäusserung." Das würde wohl den Inhalt besser wiedergeben... Die Wahrheit ist in dieser Republik staatsgefährlich, deswegen musste das Maulwurfsgesetz geschaffen werden ... Man will, um eine Mehrheit in diesem Haus für dieses Knebelungsgesetz zu finden, dem deutschen Volke weismachen, es sei kein verfassungsänderndes Gesetz. Dabei hat man Beschränkung der Versammlungen und Pressefreiheit hineingeschrieben, die ganz zweifellos im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehen."

Herr Frick, der Minister, hat das Gesetz in der Tat zur Knebelung der Wahr

heit angewandt. Er kann die Wahrheit über sich nicht hören!

Die Anwendung des Republikschutzgesetzes durch Herrn Frick ist umso bemerkenswerter, als er in derselben Rede die gröblichsten und beschimpfendsten Angriffe gegen die Republik und ihre Regierung gerichtet hat. Er führte aus:

"Die Leistung dieser Republik ist die Verwirtschaftung des gesamten Nationalvermögens, die in einer Versklavung des deutschen Volkes gipfelt, wie sie jetzt durch die Ablehnung des Freiheitsgesetzes ihre Bestätigung gefunden hat. Nach aussen ist die Reichsregierung nichts anderes wie der Büttel Frankreichs und der Fronvogt des internationalen Finanzkapitals. Diese Stellung würde noch klarer zutage treten, wenn die Minister ihre Lohntüten unmittelbar von der New Yorker Wallstreet erhielten."

Dieser Dr. Frick ist wie kein anderer legitimiert, das Republikschutzgesetz anzuwenden. Er wird über seine Legitimation nicht die geringsten Zweifel haben, umsomehr als Herr Wirth, über dessen Lohntüte von Wallstreet or sich am 4.Dezember 1929 noch so despektierlich geäussert hat, ihm durch den Staatssekretär Zweigert seine Reverenz hat erweisen lassen!

Goldene Worte aus dem Bürgerblock.

Man muss sie festhalten, diese Selbstzeugnisse aus dem Brüninglager, damit sie nicht verloren gehen und sich einprägen!

Der Zentrumsabgeordnete Schlack im Reichstag: "Das Gesamtprogramm ist so gestaltet, dass von den Arbeitern, auch von den Christlichen Arbeitern diese Regierung als die reaktionärste seit der Revolution bezeichnet werden müsste, falls die Regierung auch der Sondersteuer zustimmt."

Der Vorstand der Leipziger Demokraten: "Das Kabinett Brüning hat sich ganz offensichtlich einer Politik der kulturellen Unfreiheit der militaristischen Übertreibung und der Subventionierung der Grossagrarier verschrieben."

Der Reichstagsabgeordnete Tantzen über die Demokratische Partei: "Der Deutschen Demokratischen Partei fehlt Kraft und ernsthafter Wille, eine rück-

schrittliche volksfeindliche Politik erfolgreich abzuwehren und eigene Wege zu zeigen."

Ernst Feder im "Berliner Tageblatt" über die Demokraten: "Sie waren längst gestorben und wussten es selber kaum."

Armut.

In einem Vorort von Köln hatte ein Schneider, der als unverbesserlicher Tränker bekannt war, sein vierjähriges Kind und sich selbst im Klosett erhängt. Die Tat wurde beobachtet, es liefen Nachbarn zusammen, die Möglichkeit hätte be standen, rechtzeitig einzudringen und beide Erhängte zu retten. Dennoch geschal es nicht. Der Täter und das Kind mussten sterben. Warum? Der Bericht sagt darüber:

"Die Siedlung ist durchweg von kleinen Leuten bewohnt, die es scheuten, der Unkosten wegen die Klosettür einzutreten, ein bemerkenswerter Standpunkt. Sie drangen erst auf Umwegen in das Klosett ein, leider zehn Minuten zu spät."

Soll man auf die kleinen Leute schelten, denen eine Klosettür mehr wert war als zwei Menschenleben? Was hilft alle moralische Entrüstung gegenüber der Tatsache, dass der Respekt vor Dingen, die Geld kosten, die Angst vor dem Verlust von ein paar Mark mehr wiegen als die menschlichsten Regungen? Das ist Armut, die so tief niederdrückt, dass vor dem lächerlichen Sachwert einer Klosettür der Wert eines Menschenlebens gering wird!

Ein aussergewöhnlicher Fall? Aber geschehen nicht häufig Verbrechen und Selbstmorde wegen ein paar Mark? Klagt nicht die Armen an, sondern die Armut!

Ihre Sorgen.

Seit einiger Zeit häuft die Presse lebhafte Proteste gegen den Verkauf eines Bildes von Menzel, das im Besitze des Exkronprinzen war, an einen holländischen Kunsthändler. Der einzige Gesichtspunkt, von dem aus sich diese Proteste hören liessen, wäre der, dass es sich dabei um Veräusserung eines Sachwertes handelt, der von rechtswegen dem deutschen Volke gehört. Wir haben bisher diesen Gesichtspunkt nicht vertreten gefunden.

Die Proteste richten sich jedoch dagegen, dass ein bemerkenswertes deutsches Kunstwerk ins Ausland geht. Ist ein Kunstwerk deswegen weniger ein Kunstwerk, wenn es statt in einer Privatsammlung des deutschen Exkronprinzen in irgend einer holländischen Sammlung hängt? Geschieht damit dem Ansehen Deutschlands oder der deutschen Kunst irgend etwas Abträgliches?

Das Bild stellt eine Begrüssung von Blücher und Wellington auf dem Schlachtfeld von Waterloo dar. Wäre es nicht von Menzel, so würde man es als patriotischen Kitsch bezeichnen, an dem die Generation von heute kein Interesse mehr hat - im Gegensatz zu den Anbetern der Tradition des alten Regimes. Wenn die Hohenzollern die Tradition von Waterloo, die auf Kitsch aufgemachte Geschichtslegende selbst nicht mehr respektieren, hat man dann in der Republik wirklich Anlass, sich hohenzollerischer zu gebärden als die Hombenzollern selbst?

Wir haben wirklich andere Sorgen als die Konservierung alter Schinken, mögen sie auch von Menzel sein und von Kunstgläubigen noch so hoch nach Mark und Pfennigen bewertet werden!

٠.,

SPD. Die Sonderkonferenz der Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion trat am Donnerstag-Abend um 7 Uhr ih Berlin im Weinrestaurant Mitschel unter dem Vorsitz des Grafen Westarp zusammen. Von den 36 eingeladenen Abgeordneten war ein Teil - entschuldigt und unentschuldigt - nicht erschienen. Die Verhandlungen wurden für streng vertraulich erklärt.

SPD. Braunschweig, 1.Mai (Eig.Drahtb.)
An der Maifeier der Braunschweiger Sozialdemokratie beteiligten sich rund
20 000 Personen. Der kommunistische Demonstrationszug wies 800 Teilnehmer auf.

SPD. Paris, 1.Mai (Eig.Drahth.)

Die Pariser Polizei verhaftete am Donnerstag insgesamt 223 Kommunisten, darunter zahlreiche bekannte französische Kommunistenführer. Ausserdem wurde eine kommunistische Zeitung beschlagnahmt, die in Belgien in polnischer Sprache Hergestellt worden war.

In einzelnen Vorstädten kam es zu kleineren Zusammenstössen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Vier Sozialisten wurden leicht verletzt.

SPD. Wien, l.Mai (Eig.Drahtb.)

In Wien versuchten Kommunisten am Donnerstag trotz des Verbots kommunistischer Demonstrationen sich zu Umzügen zu formieren. Die Polizei verhaftete 25 Kommunisten.

SPD. Mailand, l.Mai (Eig.Drahtb.)

Der aus der <u>Phoebus-Affäre</u> bekannte frühere <u>Kapitän zur See Lohmann</u> ist an <u>Donnerstag in Rom an den Folgen</u> eines <u>Herzschlages gestorben</u>. <u>Lohmann war seinerzeit Leiter der Seetransportabteilung des Reichswehrministeriums</u>. In dieser <u>Eigenschaft hatte er staatliche Gelder zu zahlreichen undurchsichtigen Geschaften benutzt</u>. Eine ehrenrührige Handlung war ihm nicht vorzuwerfen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)